



Der Kandidat der »vergessenen« weißen Mehrheit:
Richard Nixon im Wahlkampf 1968

Der 5. November 1968 läutete eine Zeitenwende ein. Doch anders als man es im Protestjahr 68 erwarten würde, brachte sie das Land nicht den Ideen näher, für die Bürgerrechtler, linke Studenten und Liberale seit einer Dekade kämpften: Am 5. November wählten die Amerikaner den Republikaner Richard Nixon zu ihrem Präsidenten. Einen Mann, der für Law and Order statt für Freiheit und Befreiung warb – und das Land auf einen Kurs brachte, der die Vereinigten Staaten bis heute prägt.

Blickt man auf die US-Geschichte, erkennt man lange Phasen, in denen eine der beiden großen Parteien (seit 1856 sind dies die Demokraten und die Republikaner) das Weiße Haus und oft auch den Kongress fast durchgehend beherrschte. Am Ende solcher Zyklen kommt es regelmäßig zu sogenannten kritischen Wahlen, in denen sich wichtige Wählergruppen neu orientieren und sich die Kräfteverhältnisse längerfristig verschieben.

Die Präsidentschaftswahl vor 50 Jahren war eine solche kritische Wahl. Die New-Deal-Koalition, die Präsident Franklin D. Roosevelt in den Dreißigerjahren aus weißen Arbeitern, kleinen Farmern, ethnischen Minderheiten und den traditionell demokratisch wählenden weißen Südstaatlern geschmiedet hatte, zerbrach. Mehr als drei Jahrzehnte lang hatten die Demokraten fast ununterbrochen das Weiße Haus und den Kongress beherrscht und in dieser Zeit den US-Wohlfahrtsstaat und den Ausbau der bundesstaatlichen Kompetenzen vorangetrieben. Im November 1968 nun kehrten viele Stammwähler den Demokraten den Rücken – und leiteten eine scharfe Rechtswende ein.

Das Wahljahr begann mit einer nationalen Demütigung. Ende Januar, zum vietnamesischen Neujahrsfest Tet, starteten der Vietcong und die nordvietnamesische Armee eine überraschende Offensive, die der US-Öffentlichkeit endgültig den Glauben an ein siegreiches Ende des verlustreichen Dschungelkrieges raubte. Als Reaktion auf die verfahrenere Lage verkündete Präsident Lyndon B. Johnson am 31. März völlig unerwartet seinen Verzicht auf eine erneute Kandidatur, um freie Hand für eine Beendigung des Vietnamkrieges zu haben.

Vier Jahre zuvor hatte der Sozialreformer Johnson noch mit mehr als 60 Prozent der Wählerstimmen über seinen weit rechts stehenden republikanischen Gegenkandidaten Barry Goldwater triumphiert. Doch die Eskalation des Vietnamkrieges hatte seine Popularität immer weiter sinken lassen. Kriegsgegner skandierten: »Hey, hey, LBJ, how many kids did you kill today?« – »wie viele Kinder hast du heute umgebracht?« Auch in der eigenen Partei wurde der Ton rauer. Bei den demokratischen Vorwahlen in New Hampshire Mitte März hatte sich der Präsident nur knapp gegen Senator Eugene McCarthy aus Minnesota, einen scharfen Kritiker seiner Vietnampolitik, durchsetzen können.

Zum großen Hoffnungsträger der Demokraten wurde indes Robert F. Kennedy, der jüngere Bruder des 1963 ermordeten Präsidenten – der im Vergleich mit dem unnahbaren Intellektuellen McCarthy weitaus charismatischere Kandidat. »Bobby« genoss weit über das Lager der Kriegsgegner hinaus Rückhalt unter Afroamerikanern und Hispanics und profilierte sich als Anwalt der Armen und Unterprivilegierten. Bei seinen Auftritten elektrisierte er Menschen unterschiedlicher Hautfarbe und Reli-

gion, mehrfach tauchte er aus dem Bad in der Menge mit zerrissenem Anzug wieder auf. Dann der Schock: Als Kennedy am 5. Juni die wichtigen Vorwahlen in Kalifornien gewann und vor seinen Anhängern eine Dankesrede halten wollte, erschoss ihn ein palästinensischer Nationalist, der über die proisraelische Haltung des Kandidaten empört war.

Zwei Monate nach der Ermordung des schwarzen Bürgerrechtlers Martin Luther King schien das Land in politischer Gewalt zu versinken. Ob es Robert Kennedy tatsächlich ins Weiße Haus geschafft hätte, ist allerdings zweifelhaft. Die Führung der Demokraten, die den Großteil der Parteitage delegierten kontrollierte, unterstützte Vizepräsident Hubert Humphrey, der für eine Fortsetzung von Johnsons Politik stand.

Nach Kennedys Tod war der Weg für Humphrey frei. Zum Nominierungsparteitag Ende August in Chicago erschienen jedoch nicht nur die Delegierten, sondern auch Tausende jugendliche Demonstranten, darunter radikale Gruppen wie die legendären Yippies (Youth International Party), die ankündigten, die Stadt ins Chaos zu stürzen. Sie drohten, die Droge LSD ins Trinkwasser der Stadt zu schütten, und nominierten ein Schwein namens Pegasus als Kandidaten, um das »System« lächerlich zu machen. Chicagos Bürgermeister Richard Daley, ein Mann des demokratischen Parteiapparates, verwandelte Chicago in eine Festung und ließ den zumeist friedlichen Protest vor laufenden Kameras niederknüpfeln.

Der Parteitag geriet zum Fiasko. Humphrey wurde zwar mit überwältigender Mehrheit nominiert, aber in den Umfragen lag er zweistellig hinter dem Republikaner Richard Nixon zurück. Vielen weißen Stammwählern der Demokraten aus der Arbeiter- und Mittelschicht erschien ihre Partei gelähmt und zerstritten, und sie dachten darüber nach, die Seiten zu wechseln.

Diese Wähler umwarb George Wallace, der Ex-Gouverneur von Alabama, der sich als kompromissloser Verteidiger der Rassentrennung profilierte und 1964 bei den demokratischen Vorwahlen auch im Norden gut abgeschnitten hatte. 1968 kandidierte er für die rechtsextreme American Independent Party, gemeinsam mit dem Luftwaffengeneral Curtis LeMay, der den Einsatz von Atomwaffen in Vietnam forderte.

In der Tradition des Südstaaten-Populismus trat Wallace als Anwalt der kleinen (weißen) Leute auf, die genug hätten von »langhaarigen, haschischrauchenden Wehrdienstverweigerern«, von »Eierköpfen im Elfenbeinturm« und »Liberale(n) in ihren Limousinen«, die einfachen Weißen die Rassenintegration aufzwingen wollten, aber ihre eigenen Kinder auf teure Privatschulen schickten. Die Rassenunruhen wollte Wallace durch den Einsatz von »30.000 Mann mit gezücktem Bajonett« beenden. Wie heute Donald Trump suchte Wallace bewusst die Provokation und appellierte an Ängste und Ressentiments einer tief verunsicherten weißen Wählerschaft. Bei Wallace' Wahlkampfauftritten herrschte eine aufgepeitschte

Wut, Recht und Ordnung

Amerikas Rechtsruck begann 1968 – als Richard Nixon Präsident wurde **VON MANFRED BERG**

Stimmung, die manche Kommentatoren an Nazi-Aufmärsche erinnerte.

Wallace wusste, dass er keine ernsthafte Chance auf die Präsidentschaft hatte, doch er hoffte auf so viele Stimmen, dass weder Humphrey noch Nixon die absolute Mehrheit im Electoral College erreichen würden. Dann hätte er zum Königsmacher werden können. Tatsächlich prognostizierten ihm Umfragen sechs Wochen vor der Wahl mehr als 20 Prozent der Wählerstimmen. Doch dann begann sein Stern zu sinken. Die damals noch mächtigen Gewerkschaften, traditionelle Verbündete der Demokraten, mobilisierten ihre Mitglieder für Humphrey. Viele Amerikaner fühlten sich zudem von Wallace' Hassreden abgestoßen. Der Südstaatler war, wie sein Biograf Dan Carter schreibt, zu sehr auf die Rolle als »Redneck-Poltergeist« festgelegt.

Richard Nixon, der Kandidat der Republikaner, verkörperte demgegenüber die seriöse Alternative für Amerikaner, die sich nach Law and Order sehnten. Nixon war ein Mann des Establishments, er war Abgeordneter, Senator und von 1953 bis 1961 sogar Vizepräsident gewesen. Bei den Präsidentschaftswahlen 1960 hatte er nur knapp gegen John F. Kennedy verloren. Hölzern und verschlossen im Auftreten, war Nixon kein Volkstribun wie Wallace, aber auch bei ihm saß der Groll gegen die liberalen Eliten tief, von denen sich der aus kleinen Verhältnissen stammende Kalifornier verachtet fühlte.

Nixon appellierte an die »schweigende Mehrheit« der gesetzestreu, Steuern zahlenden und hart arbeitenden Amerikaner, die ihr sauer verdientes Geld nicht für teure Sozialprogramme verschwenden wollten und angesichts der rasant steigenden Kriminalität mehr Polizei und sichere Straßen forderten. Nixon vermied offen rassistische Rhetorik, aber jeder verstand, dass er mit den »vergessenen Amerikanern« die weiße Mehrheit meinte. Den Vietnamkrieg versprach er durch einen »ehrentvollen Frieden« zu beenden, doch müsse sein Plan vorerst geheim bleiben. Als Präsident Johnson Ende Oktober überraschend einen Bombardierungsstopp verkündete, soll Nixon die südvietnamesische Regierung über geheime Kanäle gedrängt haben, auf keinen Fall Friedensverhandlungen zuzustimmen.

Der Wahlausgang am 5. November 1968 war knapp. Mit 43,4 Prozent der Stimmen lag Nixon nicht einmal einen Prozentpunkt vor Humphrey (42,7 Prozent). Aber da er in 32 Bundesstaaten die meisten Stimmen erhalten hatte, erzielte er im Wahlmännerkollegium einen komfortablen Vorsprung. Wählentscheidend war, dass George Wallace 13,5 Prozent der Wähler für sich gewinnen konnte. In fünf Staaten des tiefen Südens erreichte er die Mehrheit, in fast allen anderen Südstaaten nahm er den Demokraten so viele Stimmen ab, dass Nixon dort mit einfachen Mehrheiten die Wahlmännerstimmen abräumte. Doch auch im Norden schnitt Wallace besonders bei jüngeren weißen Männern so gut ab, dass Industriestaaten wie New Jersey, Ohio und Illinois an den Republikaner fielen.

Immerhin konnten die Demokraten ihre Mehrheit in beiden Kongress-Kammern behaupten. Die Niederlage aber ließ sich nicht leugnen. Im Vergleich zu Johnsons Sieg von 1964 hatte Humphrey zwölf Millionen Wähler verloren. Dass 57 Prozent der Wähler entweder für Nixon oder Wallace gestimmt hatten, bedeutete einen scharfen Rechtsruck. Die alte demokratische Koalition befand sich in Auflösung, kommentierte das *Time Magazine*. Unzählige Arbeiter seien Wallace' Lockruf gefolgt, viele Schwarze und enttäuschte Liberale gleich zu Hause geblieben.

Allerdings wurde der Wandel nicht sofort spürbar, weil Richard Nixons Präsidentschaft keine Wende im Geist des staatskeptischen Credos der amerikanischen Konservativen brachte. Nach heutigen Maßstäben muss Nixon wohl als Liberaler gelten. Vor allem aber versetzte die berühmte Watergate-Affäre, die zwischen 1972 und 1974 Nixons kriminelle Machenschaften und schmutzige Tricks ans Licht brachte und ihn schließlich zu einem schmachvollen Rücktritt zwang, der Republikanischen Partei einen zwischenzeitlichen Rückschlag. Erst 1980 triumphierte mit Ronald Reagans Wahlsieg der konservative Parteiflügel.

Die eigentlich zukunftsweisende Figur des Jahres 1968 war denn auch nicht der Wahlsieger Richard Nixon, sondern George Wallace. Zwar endete dessen nationale politische Karriere, als ihn im Wahlkampf 1972 ein Attentäter so schwer verletzte, dass er fortan im Rollstuhl saß. Doch nach Auffassung vieler Historiker ist Wallace' Einfluss auf die jüngere amerikanische Politikgeschichte kaum zu überschätzen, weil er mit seiner »Politik der Wut« die Axt an die New-Deal-Koalition legte.

Dass die Wahlen von 1968 trotz des knappen Ergebnisses eine Zeitenwende einläuteten, erkannten wenige Beobachter so klar wie der junge republikanische Stratege Kevin Phillips, der 1969 in einem viel beachteten Buch eine langfristige strukturelle Mehrheit für die Republikaner vorhersagte. Phillips diagnostizierte »eine populistische Revolte der amerikanischen Massen [...] gegen die Kaste der Mandarinen des liberalen Establishments«. Seine Partei forderte er auf, konsequent auf die »negrophoben Weißen« des Südens zu setzen. Auf die Stimmen der Afroamerikaner und anderer Minderheiten könne die Grand Old Party, die 100 Jahre

zuvor die Abschaffung der Sklaverei und die rechtliche Gleichstellung der Afroamerikaner durchgesetzt hatte, gestört verzichten.

Diese »Südstaatenstrategie« der Republikaner sollte in den kommenden Jahrzehnten reiche Früchte tragen. Seit den Siebzigerjahren gewann die Partei schrittweise die Vorherrschaft im Süden. Sie wurde zum Sprachrohr der religiösen Rechten und all derjenigen, die Gleichheit und Bürgerrechte für Schwarze als Bedrohung betrachteten.

Auf nationaler Ebene machten die Republikaner gegen den sozialstaatlichen Konsens der New-Deal-Ära mobil. Das Credo des US-Konservatismus, dass Steuersenkungen für Reiche, Deregulierung für Unternehmen und Kürzung der Sozialausgaben im Interesse aller hart arbeitenden Amerikaner lägen, fand in den Mittelschichten immer mehr Resonanz. Republikanische Führer wie Newt Gingrich, zwischen 1995 und 1999 Sprecher des US-Repräsentantenhauses, befeuerten unterdessen die ideologische Polarisierung und die berichtigten »Kulturkriege« über Schulgebet, Abtreibung, Homosexualität, Waffenbesitz und Minderheitenförderung. Viele Linke sehen darin eine zynische Manipulationsstrategie, die das weiße *Middle America* dazu gebracht habe, gegen seine wirtschaftlichen Interessen zu stimmen. Wie der Publizist Thomas Frank einmal resigniert schrieb: »Der Trick funktioniert immer. Du willst gegen Abtreibung stimmen, was du kriegst, sind niedrigere Kapitalertragsteuern.«

Auch die Demokraten veränderten nach 1968 ihr Gesicht. Für Hubert Humphrey stimmten nur noch 35 Prozent der weißen Wähler. Bis heute hat kein demokratischer Präsidentschaftskandidat je wieder eine weiße Mehrheit hinter sich versammeln können. Da die konservativen Südstaatler zu den Republikanern übergelaufen waren und der einst so mächtige Gewerkschaftsflügel beständig an Einfluss verlor, bildeten nun zunehmend ethnische Minderheiten und gut ausgebildete, liberale Weiße an den Küsten und in den Metropolregionen das Rückgrat der demokratischen Wählerkoalition. Aufgrund des sinkenden Anteils der Weißen an der Wählerschaft gaben sich Parteistrategen zu Beginn des 21. Jahrhunderts daher optimistisch, dass die Demokraten allein aufgrund der demografischen Entwicklung zur dauerhaften Mehrheitspartei werden würden. Barack Obamas Wahlsiege 2008 und 2012 schienen diese Prognose zu bestätigen. Für dessen Wiederwahl reichten 39 Prozent der weißen Wählerstimmen. Die traditionelle Klientel im »Rostgürtel« spielte nur noch eine Nebenrolle – bis 2016 das böse Erwachen kam.

Liberale in der Tradition des New Deal kritisieren seit Langem, dass sich die Demokratische Partei zu viel um ethnische und sexuelle Minderheiten und zu wenig um ihre *blue collar*-Stammwähler gekümmert habe. Sein Heimatort nahe Detroit, bemerkte vor einiger Zeit der Politologe Mark Lilla, war vor 1968 eine Hochburg der Demokraten. Dann seien die Arbeiter zu Wallace übergelaufen und anschließend zu den Republikanern. Gegenüber einer Verklärung der alten New-Deal-Koalition ist freilich Skepsis geboten, beruhte diese doch auf der Dominanz der weißen, männlichen Industriearbeiterschaft. Sie zerfiel, als sich die *white working class* vom Wandel in den Rassenbeziehungen bedroht fühlte. Von dieser anhaltenden Spaltung profitiert heute Donald Trump.

Manfred Berg ist Professor für Amerikanische Geschichte an der Universität Heidelberg